

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum Siebten Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 8. März 2013 (Drs. 18/806) und zur Stellungnahme des Senats vom 27. August 2013 (Drs. 18/1038)**

**I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) überwies in ihrer Sitzung am 17. April 2013 den Siebten Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 8. März 2013 (Drucksache 18/806) und in ihrer Sitzung am 26. September 2013 die dazu erfolgte Stellungnahme des Senats vom 27. August 2013 (Drucksache 18/1038) an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung.

Der Ausschuss stellte bei den nachfolgend aufgeführten Punkten des Siebten Jahresberichts Beratungsbedarf fest:

Ziffer 2.1 Zugang zu Informationen über Gefahrenorte

Ziffer 8.1 Mehr Transparenz in der Wissenschaft – Offenlegung von Kooperationsverträgen

In seiner Sitzung am 4. Februar 2013 erörterte der Ausschuss die beratungsbedürftigen Punkte mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und den Vertretern der betroffenen Ressorts.

Zu den einzelnen Punkten nimmt der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit wie folgt Stellung:

Ziffer 2.1: Zugang zu Informationen über Gefahrenorte

Der Ausschuss begrüßt die Einigung von Innenressort und Polizei, ab dem 1. März 2014 alle Gefahrenorte auf den Internetseiten der Polizei Bremen bzw. der Ortspolizeibehörde Bremerhaven zu veröffentlichen. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Bezeichnung „Gefahrenorte“ durch den Begriff „besondere Kontrollorte“ abgelöst werden soll.

Ziffer 8.1: Mehr Transparenz in der Wissenschaft – Offenlegung von Kooperationsverträgen

Der Ausschuss begrüßt, dass das Wissenschaftsressort den Wunsch nach einer Offenlegung der Kooperationsverträge unterstützt und erwägt, dies im Rahmen der Novellierung des Hochschulgesetzes umzusetzen.

Der Ausschuss hat diesen Bericht einstimmig beschlossen.

**II. Antrag**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.

Silvia Schön  
(Vorsitzende)